

Geschlechtergerechtigkeit im Arbeits- und Gesundheitsschutz in Bildung, Erziehung und Wissenschaft

Die GEW setzt sich dafür ein, dass

- in der Ausbildung der PädagogInnen und WissenschaftlerInnen Kenntnisse über gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen und deren Umsetzung vermittelt werden;
- in die Ausbildung der Fachkräfte für Arbeitssicherheit und der Betriebsärzt/-innen das Leitprinzip Gender Mainstreaming mit dem Ziel späterer geschlechtergerechter Tätigkeit eingebracht wird;
- umfassende Gefährdungsbeurteilungen geschlechtergerecht gestaltet werden, insbesondere die psychischen Belastungen der PädagogInnen und WissenschaftlerInnen gemessen und ein Unterstützungssystem von Maßnahmen (weiter-)entwickelt und angewandt wird;
- Mittel für die Durchführung von Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Beschäftigten im Bildungs- und Wissenschaftsbereich in der gesetzlich vorgeschriebenen Höhe in die Haushalte der einzelnen Bundesländer, Kommunen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen eingestellt werden;
- der Arbeits- und Gesundheitsschutz besonders in atypischen Beschäftigungsverhältnissen beachtet wird und die Geschlechterperspektive aufgenommen wird;
- die betriebliche Gesundheitsförderung und das betriebliche Eingliederungsmanagement geschlechtersensibel gestaltet werden;
- der Einfluss häuslicher Gewalt auf das Bildungs- und Erziehungsgeschehen insbesondere in Kita, Hort und Schule enttabuisiert wird und pädagogische Handlungsperspektiven für den Umgang damit erarbeitet werden;
- für Schulen und alle anderen pädagogischen Einrichtungen sowie Hochschulen und Forschungseinrichtungen Sexualpräventionskonzepte entwickelt werden, die im Besonderen Mädchen und Frauen mit Behinderungen vor sexuellen Übergriffen schützen;
 - Frauen, die über Familienversicherung und Hinterbliebenenrente mitversichert sind, ein aktives und passives Wahlrecht bei den Sozialwahlen erhalten;
- ein Frauengesundheitsbericht 2015 erstellt wird;

Die GEW setzt sich im DGB dafür ein, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, die Ergebnisse der Sozialwahlen geschlechtergetrennt auszuweisen.

Die GEW startet im DGB eine Initiative, dass insbesondere die folgenden Anforderungen der Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenminister/-innen- sowie -Senator/-innen an die Bundesministerien umgesetzt werden:

- in das Förderprogramm zur Gesundheitsforschung und -prävention sowie zum Arbeitsschutz, zur Arbeitsmedizin, und zu den Arbeitsbedingungen werden neben gendersensiblen Projekten zusätzlich die betriebliche Gesundheitsförderung mit Verhältnisprävention sowie die Auswirkungen von atypischen Beschäftigungsverhältnissen auf die Gesundheit in der Lebenslaufperspektive aufgenommen (Bundesministerium Bildung und Forschung und Bundesministerium Arbeit und Soziales);
- in eine zukünftige Präventionsstrategie die Geschlechterperspektive mitaufgenommen wird sowie die aktuellen Berichtsergebnisse in die Überprüfung miteinbezogen (Gesundheit); sämtliche Schriften zum Gesundheits- und Arbeitsschutz werden in geschlechtergerechter Sprache verfasst.